

Finanzgericht Berlin-Brandenburg

Datenschutzerklärung

für mündliche Verhandlungen, Erörterungstermine und Vernehmungen nach § 91a FGO

Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg nutzt für die Durchführung von mündlichen Verhandlungen u. ä. im Wege der Bild- und Tonübertragung gem. § 91a FGO die Software „BigBlueButton“ (nachfolgend: „BBB“) der Fa. BigBlueButton Inc. (nachfolgend: „BBB Inc.“). Auftragsverarbeiter des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg ist der Brandenburgische IT-Dienstleister (ZIT-BB), ein Landesbetrieb im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Kommunales Brandenburg (MIK), Steinstraße 104-106, 14480 Potsdam. Dessen Unterauftragsverarbeiter ist datenkollektiv.net Rasch und Ungewitter GbR, Böhmische Str. 14, 01099 Dresden.

1. Zweck der Verarbeitung

„BBB“ ist eine Videokonferenzsoftware, die beim Finanzgericht Berlin-Brandenburg für die Durchführung von mündlichen Verhandlungen nach § 91a FGO genutzt wird.

2. Verantwortliche Stelle

Die für die Datenverarbeitung beim Finanzgericht Berlin-Brandenburg verantwortliche Stelle ist:

Der Präsident des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg
Prof. Dr. Thomas Stapperfend
Von-Schön-Straße 10
03050 Cottbus

3. Datenschutzbeauftragte

Behördliche Datenschutzbeauftragte des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg ist:

Richterin Jana Holznagel
Von-Schön-Str. 10
03050 Cottbus
Email: Datenschutzbeauftragter@fg.berlin.brandenburg.de

Die behördliche Datenschutzbeauftragte ist ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen zuständig. Sie kann Ihnen keinerlei Auskunft zum Gerichtsverfahren geben und keine Rechtsberatung erteilen.

4. Verarbeitete Daten

Bei der Nutzung von „BBB“ können verschiedene Arten von personenbezogenen Daten verarbeitet werden, u. a.:

- Registrierungsdaten von Benutzern: Aktivierungscode, Anzeigename, E-Mail-Adresse, Name, Profilbild, Passwort, Name der Firma, Organisations-ID, Universelle eindeutige Kennung etc.
- Host- und Nutzungsinformationen: Gerätenamen, Geolocation, IP-Adresse, mobiler Typ, MAC-Adresse, Zeitzone, Universelle eindeutige Kennung, Domainname, Aktivitätsprotokolle.
- Meeting-Metadaten: Thema, Beschreibung, Teilnehmer-IP-Adressen, Geräte-/Hardware-Informationen, Umfragen.
- Bei Einwahl mit dem Telefon: Angabe zur eingehenden und ausgehenden Rufnummer, Ländername, Start- und Endzeit. Ggf. können weitere Verbindungsdaten wie z.B. die IP-Adresse des Geräts gespeichert werden.
- Text-, Audio- und Videodateien: Sie haben ggf. die Möglichkeit, die Upload-, Chat-, Fragen- oder Umfragen-Funktionen zu nutzen. Insoweit werden die von Ihnen gemachten Texteingaben verarbeitet, um diese im Online-Meeting anzuzeigen und ggf. zu protokollieren.

Besondere Kategorien von Daten im Sinne von Art. 9 DSGVO (z.B. Gesundheitsdaten) werden nicht gespeichert oder verarbeitet.

5. Schutz der Bild- und Tonübertragung

Die Videokonferenz wird vom Finanzgericht Berlin-Brandenburg nicht aufgezeichnet und nicht an Dritte technisch weitergeleitet. Mündliche Verhandlungen sind in der Regel öffentlich, wenn die Öffentlichkeit nicht durch Gerichtsbeschluss ausgeschlossen wird. Bei öffentlichen Verhandlungen wird die Videokonferenz daher gegenüber etwaigen im Zuschauerraum des Verhandlungssaals anwesenden Zuschauern öffentlich zugänglich gemacht. Bei nichtöffentlichen Sitzungen wird die Videokonferenz nicht öffentlich zugänglich gemacht. Eine Tonübertragung nach § 169 Abs. 1 Satz 3 GVG und Tonaufzeichnungen nach § 169 Abs. 2 Satz 1 GVG bleiben vorbehalten, ebenso die Aufnahme der Aussagen von Zeugen, Sachverständigen und Beteiligten gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 4, § 160a Abs. 2 Satz 4, § 162 Abs. 2 Satz 1 ZPO i. V. m. § 94 FGO.

Eine Aufzeichnung der Videokonferenz (Audio und/oder Videoaufzeichnungen) und/oder die technische Weiterleitung der Videokonferenz an Dritte und/oder die öffentliche Zugänglichmachung der Videokonferenz ist den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Videokonferenz nicht gestattet.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Videokonferenzen haben in ihrer Sphäre geeignete technische Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugriff unbefugter Dritter auf den Verlauf und/oder den Inhalt der Videokonferenz zu unterbinden. Sie haben insbesondere in ihrer Sphäre geeignete technische Maßnahmen zu ergreifen, um die Aufzeichnung der Videokonferenz durch unbefugte Dritte zu unterbinden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Videokonferenz haben dafür Sorge zu tragen, dass in ihrer Sphäre kein Dritter vom Verlauf und/oder vom Inhalt der Videokonferenz visuell und/oder akustisch Kenntnis erlangt. Dies betrifft insbesondere die Anwesenheit Dritter in demselben Raum. Die Anwesenheit Dritter ist nur zulässig, wenn sie gegenüber allen anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Videokonferenz angezeigt und vom Gericht gestattet wird.

6. Umfang der Verarbeitung

Die Videokonferenz dient dem unmittelbaren Austausch des Gerichts mit den Verfahrensbeteiligten, den Verfahrensbevollmächtigten, den Zeuginnen und Zeugen, den Sachverständigen, den Dolmetscherinnen und Dolmetschern und der übrigen am Verfahren beteiligten Personen. Diese haben ggf. die Möglichkeit, gemeinsam genutzte Dateien hochzuladen und für den Verlauf der

Videokonferenz zu speichern. Die Dateien werden spätestens mit dem Schluss der mündlichen Verhandlung gelöscht. Die Dateien werden von der Software BBB automatisch Ende-zu-Ende-verschlüsselt übertragen.

7. Weitergabe von Daten

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich nicht an Dritte weitergegeben. Ausgenommen hiervon ist allein die Weitergabe von Daten an den Auftragsverarbeiter und den Unterauftragsverarbeiter, die ausschließlich im Rahmen der vertragsgemäßen Nutzung der Software „BBB“ erfolgt.

8. Ihre Rechte als Betroffene/r

Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten. Sie können sich für eine Auskunft jederzeit an das Finanzgericht Berlin-Brandenburg wenden. Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung, soweit Ihnen dies gesetzlich zusteht. Schließlich haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Ein Recht auf Datenübertragbarkeit besteht ebenfalls im Rahmen der datenschutzrechtlichen Vorgaben.

9. Löschung von Daten

Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg löscht personenbezogene Daten, sofern solche bei der Benutzung von BBB anfallen, grundsätzlich sofort. Nur ausnahmsweise können Daten im Einzelfall noch benötigt werden, um vertragliche Leistungen gegenüber dem „Vertragspartner“ bzw. „BBB Inc.“ bzw. eigene Gewährleistungsansprüche zu prüfen und durchzusetzen. Im Falle von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten erfolgt die Löschung erst nach Ablauf der jeweiligen Frist.

11. Keine automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung i.S.v. Art. 22 DSGVO findet nicht statt.

12. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, sich über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Finanzgericht Berlin-Brandenburg bei folgender Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Anschrift: Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow

Internet: <https://www.la.brandenburg.de/lda/de/>

E-Mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de

Telefon: +49 33203 356 - 0

Fax: +49 33203 356 - 49